



2008/05 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2008/05/macht-die-gardinen-zu>

Macht die Gardinen zu!

Von **Bernd Parusel**

Obwohl in Schweden Politiker die Parole »Fürsorge statt Strafe« ausgeben, kommen immer mehr jugendliche Straftäter in geschlossene Heime. Erster Teil unserer neuen Serie: Jugend und Strafe in Europa von bernd parusel, stockholm

An Schlägereien zwischen Jugendgangs nach Eishockey- oder Fußballspielen hat man sich in Schweden fast schon gewöhnt. Dass dennoch das ganze Land diesen Winter über Verbrechen und Jugendliche mit »kriminellem Lebensstil« diskutiert, liegt an zwei außergewöhnlichen Gewalttaten vom Herbst.

Der erste Fall ereignete sich am Abend des 6. Oktober in Stockholm, als der 16jährige Riccardo Campogiani vor einem Lokal im Nobelviertel Kungsholmen von mehreren Gleichaltrigen brutal zusammengeschlagen wurde. Ursache war offenbar ein »verächtlicher Blick« und ein darauf folgendes Wortgefecht. Als der Junge schon am Boden lag, malträtierten ihn die anderen weiter mit Fußtritten. Schließlich erlitt er so schwere Verletzungen, dass er starb.

Der zweite Fall, der im ganzen Land Aufsehen erregte, trug sich ebenfalls im Oktober zu. Im südschwedischen Rödeby hatte eine Gang Minderjähriger über Jahre hinweg die Familie eines geistig behinderten Jugendlichen schikaniert, verfolgt und bedroht. Eines Nachts, als sie auf dem Hof standen, brüllten und mit einem Holzscheit herumfuchtelten, holte der Familienvater sein Jagdgewehr und schoss, »bis es nichts mehr zu schießen gab«. Einer der Jugendlichen starb, ein weiterer wurde schwer verletzt.

Im »Fall Riccardo« wurde in den Medien hauptsächlich nach Erklärungen dafür gesucht, wie es dazu haben kommen können, dass die jugendlichen Täter offenbar jede Hemmung verloren und so lange schlugen und traten, bis ihr Opfer tot war. Im Rödeby-Fall wurde gefragt, warum die Polizei und die Jugendämter nicht schon früher reagierten. Der Familienvater hatte seine späteren Opfer im Lauf der Jahre immer wieder angezeigt, ohne dass etwas passierte. Politiker hielten sich in beiden Fällen mit Kommentaren eher zurück. Scharfmacherei wie in Deutschland nach dem Überfall in der Münchener U-Bahn gab es in Schweden kaum. Im Wahlkampf 2006 hatten sich Politiker des Mitte-Rechts-Bündnisses »Allianz für Schweden« zwar mit einer Reihe von Law-and-order-Parolen profiliert. Seit sie an der Regierung sind, sagen sie aber ähnlich wie ihre sozialdemokratischen Vorgänger, Jugendliche gehörten nicht ins Gefängnis, die Gesellschaft solle statt auf Wegsperrern und Bestrafen auf Resozialisierung und Vorbeugung setzen.

In Schweden können Kinder erst ab 15 Jahren überhaupt verurteilt werden, und bis zum Alter von 18 Jahren verhängen die Gerichte keine Gefängnisstrafen. Stattdessen müssen junge Straftäter unbezahlte »Jugendarbeit« ableisten oder sich in offene Jugendfürsorgeeinrichtungen begeben. In Fällen extremer Gewalt können die Richter auch geschlossene Haft in einem Jugendgefängnis anordnen. Die Höchststrafe für die »geschlossene Jugendfürsorge« liegt bei vier Jahren, de facto aber liegt das Strafmaß meist deutlich darunter. Das Jugendstrafrecht basiert auf dem Grundsatz, dass Minderjährige mehr Chancen als Erwachsene haben sollen, auch nach schweren Verbrechen wieder neu anzufangen.

Die Urteile, die das Stockholmer Amtsgericht im »Fall Riccardo« fällte, wirken vor diesem Hintergrund vergleichsweise hart. Die Richter werteten die Tat nicht als Totschlag oder schwere Körperverletzung mit Todesfolge, sondern als Mord. Drei der beteiligten Jugendlichen wurden zu jeweils drei Jahren geschlossener Jugendhaft verurteilt. Ein weiterer muss in die offene Fürsorge.

Auch wenn sich Politiker in den aktuellen Verfahren mit populistischen Kommentaren zurückgehalten haben, deuten die Urteile darauf hin, dass Jugendstrafen in Schweden – auch ohne Gesetzesverschärfungen – härter und länger werden. Kriminologen und Sozialwissenschaftler stellen fest, dass der Trend in der Verbrechensbekämpfung schon seit Jahren in diese Richtung geht.

Die »humanitäre Kriminalpolitik« in Schweden werde seit den neunziger Jahren sukzessive abgewickelt, schrieb kürzlich die linke schwedische Zeitschrift *Analys&Kritik*. Heute kümmere man sich weniger um den Behandlungsbedarf von Tätern, sondern setze stärker auf Strafen und stelle die Opfer in den Vordergrund, sagte der Kriminologe Sven Granath in der Zeitung *Dagens Nyheter*.

Er hat herausgefunden, dass zwischen 1988 und 1993 nur rund ein Drittel aller wegen tödlicher Gewalt verurteilten Jugendlichen zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Zwischen 2000 und 2005 lag dieser Wert bei 80 Prozent. Zunehmende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen taugt Granath zufolge nicht als Erklärung. Sie habe im Vergleich der zwei Zeiträume nicht zugenommen. Vielmehr scheint es Politikern und Gerichten darum zu gehen, Teile der Bevölkerung zufrieden zu stellen. Eine weitere Trendwende im Umgang mit Kriminalität sehen Beobachter darin, dass die schwedischen Medien langsam von der Praxis Abstand nehmen, die Nationalität von Straftätern nicht preiszugeben. Während früher oft nur Alter und Wohnort genannt wurden, wird heute – vor allem in den Boulevardblättern – immer öfter auch die Herkunft der Straftäter angegeben.

Die meisten Experten, die sich mit Jugendkriminalität beschäftigen, halten entgegen dem Trend an Fürsorge, Therapie und Prävention als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung fest. Härtere Strafen, »Wegsperrern« und »Nulltoleranz« funktionierten bei Jugendlichen nicht, erklärte der Kriminologe Jerzy Sarnecki kürzlich in der Zeitschrift des »Rats zur Verbrechensvorbeugung«. Haftstrafen hätten keine Wirkung, wenn die Betroffenen nach der Entlassung wieder in ihr altes soziales Milieu zurückkehrten. Stattdessen habe sich »kognitive Verhaltenstherapie« als wirkungsvoll erwiesen, so Sarnecki. Dabei geht es darum, Einstellungen, Gedanken und Überzeugungen von jugendlichen Straftätern zu verändern. Von so genannten Abschreckungs- oder Konsequenzprogrammen rät der Kriminologe dagegen ab. Sie sehen vor, dass junge Straffällige Gefängnisse, Fürsorgeeinrichtungen und Anlaufstellen für Gewaltopfer besuchen.

Sarnecki und andere Experten betonen auch, dass Eltern ihre Kinder ernst nehmen, ihnen aber auch Grenzen setzen sollten und dass die Schulen Jugendlichen aus sozial schwachen Familien, oft mit »Migrationshintergrund«, eine gute Ausbildung bieten müssten. Rund zehn Prozent der Schüler in Schweden schaffen die neunjährige Einheitsgrundschule nicht. Ganze 30 Prozent gehen ohne Abschluss vom Gymnasium ab. Schulschwänzen bleibt oft ohne Folgen.

Selbst wenn man an solchen Missständen etwas ändert, werde es Jugendkriminalität auch weiterhin geben, sagt Sarnecki. »Wir leben in einer Gesellschaft, in der die soziale Kontrolle vermindert wurde und das ökonomische Wachstum unglaubliche viele Gelegenheiten zum Diebstahl bietet.« Gegen »strukturelle Verhältnisse« wie diese könne man »im Großen und Ganzen nichts ausrichten«.